

## Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Bw-00-352/24

Aktenzeichen:

Amt: Büro des Amtsdirektors

Datum: 05.01.2024

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

**Betreff:**Kooperationsvereinbarung Kommunalwärmeplanung**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

**geprüft und bestätigt:**

Unterschrift Kämmerer

**geprüft und bestätigt:**

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AFB	1	24.01.2024					
GV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
**Unterschrift / Datum:**

Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: Bw-00-352/24
-----------------------------

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

**Beschlusstext:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Borkwalde beschließt, den Amtsdirektor damit zu beauftragen:

1. einen Kooperationsvertrag zur Beantragung von Fördermitteln bei der Förderstelle Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für das Flächengebiet der Gemeinde Borkwalde in Verbindung mit der Bundkörperschaft (Amt Brück) zu schließen. Die weiteren Kooperationspartner sind die Gemeinden des Amts Brück und die Stadt Brück.
2. für die Umsetzung einen externen Dienstleister mit der Erarbeitung und Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für das Gebiet der Gemeinde Borkwalde in Verbindung mit der Bundkörperschaft (Amt Brück) zu beauftragen.
3. entstehende Kosten werden über den Amtshaushalt abgesichert.

**Unterschrift / Datum:**

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender der GV

**Begründung**

Der Bundestag hat am Freitag, 17. November 2023, den Gesetzentwurf der Bundesregierung für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze in der vom Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen geänderten Fassung angenommen.

**Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung**

Mit dem Gesetzentwurf werden die rechtlichen Grundlagen für die verbindliche Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung geschaffen. Er ergänzt die im September beschlossene Novelle des Gebäudeenergiegesetzes („Heizungsgesetz“) und tritt wie diese am 1. Januar 2024 in Kraft. Ziel ist es, die Versorgung mit Raumwärme, Warmwasser und Prozesswärme auf Treibhausgasneutralität umzustellen, damit die Klimaschutzziele der Bundesregierung bis 2045 erreicht werden können.

Konkret werden die Bundesländer verpflichtet, auf ihrem Gebiet eine Wärmeplanung durchzuführen. Bis 2030 soll die Hälfte der leitungsgebundenen Wärme klimaneutral erzeugt werden. Den Betreibern bestehender Wärmenetze wird vorgegeben, die Wärmenetze bis 2030 mindestens zu 30 Prozent und bis 2040 zu 80 Prozent mit Wärme zu speisen, die aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme hergestellt wurde. Für neue Wärmenetze wird ein entsprechender Anteil von 65 Prozent verlangt.“ Zitat: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw46-de-waermenetze-976576>

„Was ist kommunale Wärmeplanung

Die Kommunale Wärmeplanung ist als strategischer Fahrplan zu verstehen, der das Ziel verfolgt, bis 2045 eine weitgehend treibhausgasneutrale Wärmeversorgung für das gesamte Gemeindegebiet zu planen. Aufgabe der Kommune ist es, federführend die Planung und Entwicklung der Wärmeinfrastruktur voranzubringen und die wesentlichen Akteure zu bündeln. Der Wärmeplan soll zukünftig fortgeschrieben werden und ist somit ein langfristiges Instrument.“

Zitat: <https://energieportal-brandenburg.de/cms/inhalte/themen/kommunale-waermeplanung>

Die Phasen der Kommunalen Wärmeplanung:

- Bestandsanalyse: Georeferenzierte Darstellung von Wärmebedarf und -verbrauch, Wärme- und Kälteinfrastruktur
- Potenzialanalyse: Ermittlung von Energieeinsparpotenzialen und Potenzialen für Erneuerbare Energien und Abwärme
- Szenarioentwicklung: Entwicklung eines räumlich dargestellten Szenarios mit Eignungsgebieten für zentrale und dezentrale Lösungen (Zonierung)
- Wärmewende-Strategie: Erstellung eines Wärmeplans mit Maßnahmenkatalog

Zitat: <https://energieportal-brandenburg.de/cms/inhalte/themen/kommunale-waermeplanung>

Mehrwert für alle Akteure

- Planungssicherheit für Stadtentwicklung, Gebäudeeigentümer, Netzbetreiber
- Vermeidung von Fehlinvestitionen durch koordinierte strategische Planung
- Erschließung ungenutzter Potenziale durch flächendeckende Planung unter Einbeziehung aller Akteure
- Wertschöpfung vor Ort durch Investitionen in neue Anlagentechnik und Wärmenetze
- Stabile Wärmekosten durch Unabhängigkeit und Vermeidung von Emissionskosten
- Akzeptanz für eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung wird durch die Beteiligung vieler Akteure, insbesondere der Öffentlichkeit, verstärkt

Zitat: <https://energieportal-brandenburg.de/cms/inhalte/themen/kommunale-waermeplanung>

Folgende gesetzliche Rahmenbedingungen liegen dazu vor:

- „Kern des Wärmeplanungsgesetzes ist die Verpflichtung der Länder, dafür zu sorgen, dass Kommunen Wärmepläne erstellen: bis zum 30. Juni 2026 für

Großstädte und bis zum 30. Juni 2028 für Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern.

- Bereits aufgrund Landesrechts erstellte Wärmepläne haben Bestandsschutz; für andere Wärmepläne gilt Bestandsschutz, wenn die dem Wärmeplan zu Grunde liegende Planung mit den Anforderungen des Wärmeplanungsgesetzes im Wesentlichen vergleichbar ist.
- Die Wärmeplanung ist technologieoffen. Die Akteure vor Ort ermitteln und entscheiden über die wirtschaftlichste und effizienteste Wärmeversorgungsart. Dies kann eine leitungsgebundene Versorgung mittels Wärmenetz oder mit klimaneutralen Gasen oder eine dezentrale Wärmeversorgung, beispielsweise mittels Wärmepumpe, sein.
- Das Wärmeplanungsgesetz und das Gebäudeenergiegesetz sind aufeinander abgestimmt. Dazu zählt auch die Möglichkeit, die 65 Prozent-Vorgabe für Bestandsgebäude im Sinne des Gebäudeenergiegesetzes in zeitlicher Hinsicht vorzuziehen, wenn die zuständige Stelle dies entscheidet.
- Ergänzend zum Wärmeplanungsgesetz erfolgen Änderungen des Baugesetzbuchs, die die bauplanungsrechtliche Umsetzung der Wärmeplanung unterstützen, sowie eine Anpassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung.“

Zitat:

<https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BMWSB/DE/2023/11/wpg.html>